



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 02.11.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 23.09.2010, 15:30 Uhr bis 17:39 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE	stellvertretender Vorsitzender
--------------------------	-------	--------------------------------

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Heinen	SPD	Vertreter für Herrn Ott
Frau Cornelia Schmerbach	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Herr Dr. Walter Schulz	auf Vorschlag der SPD	
Herr Bernhard Ensmann	CDU	
Frau Hildburg Holländer	CDU	
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Peter Krücker	auf Vorschlag der CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	Vertreter für Frau Lüttig nicht anwesend zwischen 16.00 und 17.24 Uhr (TOP 4.14 und 14.1)
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Katja Hoyer	FDP	
Frau Regina Wilden	auf Vorschlag von pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE.
------------------------	------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Frau Dr. Christiane Köhler	auf Vorschlag der CDU
Frau Ilse Stibbe	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken
Frau Ellen Sängler	auf Vorschlag der pro Köln
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Antonella Giurano	auf Vorschlag des Integrationsrates	ab 15:44 Uhr anwesend
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertretung	
Frau Annelie Appelman	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Verwaltung

Frau Dr. Klein	V	
Frau Ina-Beate Fohlmeister	V/2	
Herr Klaus Müller-Starmann	50/0 ARGE	
Herr Hans-Jürgen Oster	501	
Frau Johanna Preßmar-Cuber	V/1	
Frau Marita Reinecke	Behindertenbeauftragte	V/3
Herr Stephan Santelmann	50	
Herr Michael Schleicher	56 + 5620	
Frau Nina Schoppmann	152	

Schriftführerin

Frau Claudia Kutzer	V/1
---------------------	-----

Entschuldigt fehlen:

Herr Jochen Ott	SPD
Frau Lisa Steinmann	SPD
Frau Antje Fratini	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Frau Carolina Brauckmann	Rubicon, Beratungszentrum für Lesben und Schwule
Frau Michaela Diers	AIDS-Hilfe Köln e.V.
Herr Karl-Gerhard Bachmann	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region
Herr Franz Decker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Frau Stella Shcherbatova	Synagogengemeinde
Frau Bärbel von der Linde	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Herr Benzion Wieber	Synagogengemeinde Köln

Der Vorsitzende Herr Helling verweist auf die aktuelle Tagesordnung (Stand 23.09.2010, 9:32 Uhr), bei der die Zusetzungen und Tischvorlagen kenntlich gemacht wurden.

Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0. Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin gem. § 5 der Hauptsatzung
- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
 - 3.1 Auffälliger Alkoholkonsum in den Stadtbezirken während der Karnevalstage 3535/2010
 - 3.2 Kindertagesstätte Eichenstr. Köln-Junkersdorf 3635/2010

4 Mitteilungen

- 4.1 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2010 für das Bürgerhaus Stollwerck
0739/2010
- 4.2 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2010 für das Bürgerzentrum Deutz
0740/2010
- 4.3 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2010 für das Quäker Nachbarschaftsheim
0741/2010
- 4.4 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2010 für das Bürgerzentrum Alte Feuerwa-
che
0743/2010
- 4.5 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2010 für das Bürgerzentrum Ehrenfeld
0744/2010
- 4.6 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2010 für das Bürgerschaftshaus Bocklemünd
0745/2010
- 4.7 Ziel- und Leistungsvereinbarung des Bürgerzentrums Nippes
0747/2010
- 4.8 Ziel- und Leistungsvereinbarung des Bürgerhauses Kalk
0749/2010
- 4.9 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerhaus MütZe
0750/2010
- 4.10 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2010 für das Bürgerzentrum Chorweiler
0751/2010
- 4.11 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2010 für das Bürgerzentrum Engelshof
0753/2010
- 4.12 Zwischenbericht über die Aktivitäten des Bildungsportals
www.bildung.koeln.de
3332/2010
- 4.13 3. Kölner Demenzwochen 2010
3596/2010
- 4.14 Kampfmittelentschärfung in Köln-Riehl am 29.07.2010
3603/2010
- 4.15 Teilnahme behinderter Sportler/innen am DJK Sporttag 2011 in Köln
2866/2010

5 Wohnen

- 5.1 Publikation "Konzeptbausteine: Impulse für neues Wohnen in der Innenstadt" des Ministeriums für Bauen und Wohnen des Landes Nordrhein-Westfalen 3468/2010
- 5.2 Übersicht über den Stand der Antragsbearbeitung bei der sozialen Wohnraumförderung - Mietwohnungen 3668/2010
- 5.3 Förderung des selbstgenutzten Eigentums in NRW 3959/2010

6 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

- 6.1 Neues Wertgutscheinsystem für Bezieher/innen von SGB II - Leistungen 3686/2010
- 6.2 Beantwortung von Anfragen aus der Sitzung vom 02.09.2010 zu den TOPs
- 6.3 Teilnahme der ARGE Köln am Bundesmodellprojekt "Bürgerarbeit" - 3649/2010
- 6.4 Bericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln - 3657/2010 4007/2010

7 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

- 7.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 09/2010 3922/2010

8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 8.1 Tätigkeitsbericht der Verwaltung im Bereich Lesben, Schwule, Transgender hier: Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.09.2010 AN/1641/2010

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen
 - 9.1.1 Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln hier: Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 04.05.2010 AN/ 0872 /2010
 - 9.1.2 Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Stadtvierteln hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 06.05.2010 AN/ 0895 /2010

- 9.1.3 Trinkräume für Köln
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.06.2010
AN/0930 /2010
- Antwort der Verwaltung
3244/2010
- 9.1.4 Verknüpfung des KölnPasses mit einer sogenannten "Bildungschipkarte"
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 31.08.2010
AN/1532 /2010
- 9.1.5 Sozialhaus Augsburgener Straße in Köln-Höhenberg
hier: Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
31.08.2010
AN/1552 /2010
- Antwort der Verwaltung
3848/2010
- 9.2 Aktuelle Anfragen
- 9.2.1 Statistik zur Zahl der Geburten in Köln im Jahre 2009
hier: Anfrage der Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln vom 07.09.2010
AN/1621/2010
- Antwort der Verwaltung
3853/2010
- 9.2.2 Herkunftsländer der Flüchtlinge in Köln
hier: Anfrage der Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln vom 10.09.2010
AN/1646/2010
- Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bürgerbewegung pro Köln e.V. zu
"Herkunftsländer der Flüchtlinge in Köln"
3987/2010
- 9.2.3 Eingliederungsvereinbarungen mit Empfängern von Leistungen nach dem
SGB II
hier: Anfrage der Fraktion Die Linke vom 20.09.2010
AN/1723/2010
- 9.2.4 Bundesbeteiligung bei Kosten der Unterkunft
hier: Anfrage der Fraktion Die Linke vom 20.09.2010
AN/1724/2010

10 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 10.1 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel
hier: Restfinanzierung begonnener Maßnahmen
3716/2010

11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

12 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 12.1 Rahmenkonzept "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln" - überarbeitete Fassung
0476/2010
- 12.2 Fortführung des Hausmeister- und Bewachungsdienstes in den Einrichtungen für obdachlose Personen und den Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln
2070/2010

13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

14 Anfragen

- 14.1 Haushaltssituation
hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann
- 14.2 Personalsituation in der ARGE Köln
hier: mündliche Anfrage von SB Herrn Dr. Schulz
- 14.3 Bürgerhaushalt
hier: mündliche Anfrage von SB Frau Kleinpaß-Börschel
- 14.4 Gebührenbescheide für Mieter der Wohnungsgenossenschaft Köln Süd
hier: mündliche Anfrage von SE Frau Kleinpaß-Börschel
- 14.5 Senkung der Kosten der Unterkunft
hier: mündliche Anfrage von SE Herrn Klein
- 14.6 Schwerpunktsetzung des Amtes für Soziales und Senioren für 2011
hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann

I. Öffentlicher Teil

0. Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin gem. § 5 der Hauptsatzung

Der Ausschuss verpflichtet Frau Cornelia Harrer als stellvertretende sachkundige Einwohnerin gem. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Auffälliger Alkoholkonsum in den Stadtbezirken während der Karnevalstage 3535/2010

RM Frau Schmerbach regt an, zu überlegen, künftig auch in den Stadtbezirken spezielle Angebote für Jugendliche anzubieten.

Frau Dr. Klein berichtet, die Party „Jeck Dance“ auf dem Neumarkt sei nicht auf die Stadtbezirke übertragbar. Dies sei sicherlich auch nicht Ziel führend.

Auch die Streetworker, die sonst in den Stadtbezirken unterwegs seien, werden in den Karnevalstagen zentralisiert eingesetzt. An den Rheinwiesen gebe es hierfür ein Zelt, in dem Jugendliche betreut werden können.

Bezug nehmend auf die Anregung von Frau Schmerbach teilt Frau Dr. Klein mit, die Verwaltung versuche mit Mitteln der Jugendhilfe, vor Ort, d.h. in den Bezirken, Alkoholprävention an Schulen und Jugendeinrichtungen zu betreiben. Mit den vorhandenen Mitteln versuche man – nicht nur – aber insbesondere während der Karnevalszeit spezielle Angebote zu unterbreiten.

3.2 Kindertagesstätte Eichenstr. Köln-Junkersdorf 3635/2010

RM Frau Hoyer äußert sich verwundert darüber, dass sich die Kindertagesstätte explizit als integrative Einrichtung dargestellt habe.

SB Herr Ladenberger betont, die Sachlage sei nicht zufriedenstellend.

Frau Dr. Klein merkt an, das Projekt würde heutzutage nicht mehr so geplant und gebaut werden. Heute würde man barrierefrei bauen. Sie teilt mit, die Kindertagesstätte sei ausdrücklich nicht als integrative Einrichtung vorgesehen.

Frau Dr. Klein berichtet, die Kindertagesstätte sei zum damaligen Zeitpunkt nach geltendem Recht geplant worden. Jedoch habe sich der Bau der Kindertagesstätte erheblich verzögert.

Frau Dr. Klein erklärt, dadurch sei der Standard damals zwar rechtskonform gewesen. Rückblickend betrachtet sei dieser Standard, auf Grund der fehlenden Barrierefreiheit, heute jedoch nicht mehr erwünscht.

SB Herr Dr. Schulz fragt, welche Lösungen hier konkret erarbeitet worden seien.

Frau Dr. Klein teilt mit, eine Umplanung sei jetzt nicht mehr möglich. Sie teilt mit, derzeit versuche man im Erdgeschoss einen Mehrzweckraum umzuwandeln, um dort auch Sportangebote zu Verfügung stellen zu können.

4 Mitteilungen

Der Vorsitzende Herr Helling schlägt vor, allgemeine Fragen zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen unter den TOP 4.1 bis 4.11 voranzustellen.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, bei den in den einzelnen Mitteilungen aufgeführten Kürzungen handele es sich nicht mehr um den aktuellen Stand. Die Verwaltung habe in der letzten Zeit die Kürzungen überarbeitet. Im Veränderungsnachweis gebe es bei den Kürzungen deutliche Änderungen. Die Kürzungen seien nach sozialräumlichen Kriterien gestaffelt worden, so dass einige Einrichtungen gar keine Kürzungen hinzunehmen haben, bei anderen gebe es geringere Kürzungen bis zu einer Obergrenze von 8 %.

RM Herr Ensmann erklärt, es handele sich hierbei um sehr umfangreiche Unterlagen, die eher verwaltungsintern als für die Politik von Nutzen seien. Ein Überblick falle daher sehr schwer. Herr Ensmann spricht sich dafür aus, künftig die Unterlagen anders und übersichtlicher aufzubereiten.

Frau Dr. Klein schlägt vor, dem Ausschuss zukünftig eine zusammengefasste Mitteilung zu Verfügung zu stellen, in der die wesentlichen Änderungen eingearbeitet sind, die Zielerreichung des jeweils letzten Jahres und etwaige Besonderheiten.

RM Frau Hoyer begrüßt, dass künftig eine andere Aufbereitung erfolgen solle. Die Informationen für die heutige Sitzung seien für Sie jedoch sehr aufschlussreich gewesen.

Frau Hoyer fragt, wie die Verwaltung mit den Trägern bezüglich der Generierung neuer Angebote umgehe.

Herr Guth teilt mit, im vorigen Jahr habe der Ausschuss für Soziales und Senioren darum gebeten, auch in diesem Jahr noch einmal sehr differenziert jede Vereinbarung vorgelegt zu bekommen. Dann sollte die Verwaltung einen Verfahrensvorschlag unterbreiten, wie die Darstellung effektiver gestaltet werden könne. Das von Frau Dr. Klein dargestellte Verfahren werde ab dem nächsten Jahr umgesetzt werden.

Zur Frage von Frau Hoyer nach der Generierung neuer Angebote, teilt Herr Guth mit, dies sei ein wesentliches Gesprächsthema zwischen Verwaltung und den Einrichtungen. Die Generierung neuer Angebote erfolge nicht durch Zwang der Verwaltung. Herr Guth stellt nachfolgend dar, wie sich das Programm der Bürgerzentren und –häuser von unten nach oben entwickelt.

RM Herr Dr. Heinen merkt an, das Ziel sei ursprünglich gewesen, die Ziel- und Leistungsvereinbarungen darstellbar zu machen, um sie dann seitens der Verwaltung überprüfen zu können. Seitens der Politik erfolge dann eine Beurteilung.

Der Vorsitzende Herr Helling regt an, zumindest den Fraktionen und den sozialpolitischen Sprechern auch in den kommenden Jahren diese Ziel- und Leistungsvereinbarungen zu Verfügung zu stellen. Im Ausschuss sollte eine Vorlage in Form einer Matrix oder Änderungsmitteilung erfolgen.

Herr Helling lobt die sehr partnerschaftliche Kooperation zwischen den Trägern und der Verwaltung, die auch zu einer permanenten Qualitätsverbesserung beitrage.

RM Frau Stahlhofen schließt sich der Anregung von Herrn Helling an, künftig die umfangreichen Information an die sozialpolitischen Sprecher zu geben.

Die Fraktion DieLinke stellt zu einigen Ziel- und Leistungsvereinbarungen detaillierte Nachfragen, die der Verwaltung direkt zugeleitet werden.

Herr Guth sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

4.1 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2010 für das Bürgerhaus Stollwerck 0739/2010

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.2 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2010 für das Bürgerzentrum Deutz 0740/2010

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.3 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2010 für das Quäker Nachbarschafts- heim 0741/2010

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.4 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2010 für das Bürgerzentrum Alte Feuerwache
0743/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.5 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2010 für das Bürgerzentrum Ehrenfeld
0744/2010**

RM Frau Schmerbach kündigt an, dass sie an der Beratung zu diesem Punkt nicht teilnehme.

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.6 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2010 für das Bürgerschaftshaus
Bocklemünd
0745/2010**

RM Frau Schultes nimmt an der Beratung zu TOP 4.6 nicht teil.

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.7 Ziel- und Leistungsvereinbarung des Bürgerzentrums Nippes
0747/2010**

SB Herr Dr. Schulz nimmt an der Beratung zu TOP 4.6 nicht teil.

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.8 Ziel- und Leistungsvereinbarung des Bürgerhauses Kalk
0749/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.9 Ziel- und Leistungsvereinbarung für das Bürgerhaus MütZe
0750/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.10 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2010 für das Bürgerzentrum Chorweiler
0751/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.11 Ziel- und Leistungsvereinbarung 2010 für das Bürgerzentrum Engelshof
0753/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.12 Zwischenbericht über die Aktivitäten des Bildungsportals
www.bildung.koeln.de
3332/2010**

SB Herr Dr. Schulz spricht seine Anerkennung zu dem Bericht und dem Bildungsportal aus und äußert einige Anregungen.

Herr Dr. Schulz bemängelt, dass das Portal sehr oft veraltete Informationen enthalte oder Informationen fehlen. Er regt daher an, ein Verfahren zu finden, Träger nach einer gewissen Zeit zu erinnern, Aktualisierungen vorzunehmen.

Herr Dr. Schulz berichtet weiter, leider sei das Portal nicht barrierefrei, was die Nutzung an vielen Stellen sehr einschränke. Hierzu sollten sich Lösungen überlegt werden.

Außerdem habe er oft die Meldung erhalten, „Dieser Link konnte nicht gefunden werden.“. Dies sei weniger ein Mangel des Portals, sondern zeige einen bestehenden Bedarf auf. Herr Dr. Schulz schlägt vor, hierfür einen anderen Text zu finden.

Abschließend ergänzt Herr Dr. Schulz, die Bildungsangebote der ARGE Köln seien nicht in dem Portal wiederzufinden. Er schlägt vor, hier einen Link zur ARGE auszuweisen.

Frau Dr. Klein teilt mit, die Verwaltung nehme diese Anregungen gerne auf.

SE Frau Eggeling fragt, warum unter den regionalen Projekten das Netzwerk zu Gewalt an Schulen nicht aufgeführt sei. Weiterhin bittet sie um Mitteilung, ob es ein zentrales Einsteigerportal für Menschen gebe, die sich ehrenamtlich engagieren möchten.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

SB Frau Wilden stellt ihre Auffassung in Bezug auf die Erweiterung des Portals um eine Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum dar.

4.13 3. Kölner Demenzwochen 2010 3596/2010

SE Frau Kleinpaß-Börschel berichtet, dass die Seniorenvertretung in diesen Wochen in allen Bürgerämtern eine Befragung zum Thema Demenz durchführe, um einen Überblick zu erhalten, welche Informationen fehlen und wie die Bürgerinnen und Bürger sich eine Behandlung vorstellen, wenn sie selbst in einer solchen Lage sein sollten.

4.14 Kampfmittelentschärfung in Köln-Riehl am 29.07.2010 3603/2010

Der Vorsitzende Herr Helling lobt den Einsatz aller Beteiligten. Es sei beruhigend, zu wissen, dass eine solche Aktion zur Kampfmittelbeseitigung unter so vielen positiven Aspekten durchgeführt werden konnte.

SB Herr Dr. Schulz schließt sich ausdrücklich diesem Lob an und dankt den Hilfsorganisationen und der Bevölkerung.

RM Herr Ensmann schließt sich ebenfalls dem Lob und Dank an. Von besonderer Bedeutung seien die Erkenntnisse, die für zukünftige Ereignisse gewonnen werden konnten.

4.15 Teilnahme behinderter Sportler/innen am DJK Sporttag 2011 in Köln 2866/2010

SB Herr Ladenberger fragt, mit wie vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Sporttag zu rechnen sei.

Anmerkung der Verwaltung:

Zu dem Sporttag werden ca. 5.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwartet.

5 Wohnen

5.1 Publikation "Konzeptbausteine: Impulse für neues Wohnen in der Innenstadt" des Ministeriums für Bauen und Wohnen des Landes Nordrhein-Westfalen 3468/2010

RM Herr Ensmann fragt zu dem in der Mitteilung beschriebenen künftigen Handlungsbedarf in Köln, wie viel Personal benötigt werde und welche Ressourcen fehlen, um diese Aufgaben ausführen zu können.

Der Vorsitzende Herr Helling fragt, inwieweit die Verwaltung als Anregung in die Konzeptbausteine die besonderen Anstrengungen zum studentischen Wohnen aufnehmen könne. Zur Verbesserung des studentischen Wohnens, habe es immer wieder Einzelanstrengungen, aber noch kein in sich geschlossenes Konzept gegeben.

Außerdem weist Herr Helling auf das Landespapier hin, in dem darauf hingewiesen werde, alle möglichen Instrumente zu nutzen, um die Zusammenarbeit mit den Investoren zu verbessern. Er fragt daher, ob die Verwaltung geprüft habe, eine One-Stop-Agency für Investoren einzurichten.

Herr Schleicher teilt mit, eine schriftliche Beantwortung erfolge seitens des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik.

Zur ersten Frage von Herrn Helling weist Herr Schleicher darauf hin, er habe diesbezüglich am 15.10.2010 einen Gesprächstermin mit dem Vorsitzenden des Kölner Studentenwerkes. Hierbei gehe es nicht nur um Studentenwohnheime, sondern um den Bau von Wohnanlagen, um zu klären, welche Belegung sinnvoll sei. Mit dem Projekt „Wohnen für Hilfe“ habe sich die Verwaltung bereits mit der Frage auseinandergesetzt, wie eine Beteiligung seitens der Stadt Köln aussehen könne.

SE Frau Appelman nimmt Bezug auf die Frage von Herrn Ensmann und bittet außerdem um Auskunft, ob es möglich sei, in der Verwaltung eine Anlaufstelle einzurichten, für diejenigen, die Wohnraum suchen und auch für die, die bauen wollen.

RM Frau Hoyer bezieht sich auf die Bestandserhebung zum Thema Wohnraum aus der letzten Sitzung. Es gebe zurzeit einen Umbruch im Bereich der Ein- und Zweifamilienhäuser. Sie fragt sich, wie die Betroffenen erreicht werden können.

Frau Hoyer befürchtet, dass zwar das Problem definiert worden sei, aber nicht bekannt sei, wie damit umgegangen werden müsse. Frau Hoyer fragt, wie die Verwaltung auf dieses Thema reagiere.

Herr Schleicher weist darauf hin, das Thema werde unter dem Aspekt des öffentlich geförderten Wohnraums unter den beiden nachfolgenden TOP aufgegriffen. Darüber hinaus werde es eine schriftliche Antwort der Fachverwaltung geben.

Frau Schoppmann ergänzt zur Frage von Frau Hoyer zum anstehenden Generationenwechsel im Ein- und Zweifamilienhausbestand, dass die Verwaltung ein Stadtentwicklungskonzept „Wohnen“ vorbereite, bei dem es unter anderem auch um dieses Themenfeld gehe. Die Verwaltung beabsichtige, den Ausschuss über den Sachstand zu diesem Handlungskonzept zu informieren.

5.2 Übersicht über den Stand der Antragsbearbeitung bei der sozialen Wohnraumförderung - Mietwohnungen 3668/2010

Herr Schleicher weist darauf hin, der Ratsbeschluss, jährlich 1.000 Wohneinheiten im preiswerten Segment zu schaffen, habe - auf Grund fehlender Investoren - in den letzten Jahren kaum erreicht werden können. An diesem Problem habe die Verwaltung massiv gearbeitet. Es gebe nun genügend Investoren, die sich für den preiswerten Wohnraum interessieren.

Herr Schleicher führt weiter aus, nunmehr sei zu beobachten, dass dem Land das Geld ausgehe. Er betont ausdrücklich, dies sei nicht darauf zurück zu führen, dass das Land weniger Mittel zu Verfügung stelle, sondern weil sich landesweit der Bedarf entwickle und nach und nach zu einer Verteilungsproblematik führe. Diese andere Verteilung führe in Köln dazu, dass in diesem Jahr voraussichtlich nur noch 700 Wohnungen gefördert werden können, wohingegen im letzten Jahr noch fast 1.000 Wohnungen gefördert werden konnten.

Die Verwaltung könne dies im Rahmen einer späteren Förderung von Projekten aus 2010 im Frühjahr 2011, mit Mitteln aus 2011, noch auffangen, damit kein Investor abspringe. Herr Schleicher weist darauf hin, dass diese Praxis die für nächstes Jahr zu Verfügung stehenden Mittel dementsprechend verringern werde.

Herr Schleicher regt an, gemeinschaftliche Aktivitäten von Politik und Verwaltung an das Land zu richten, um eine konzentrierte Förderungspolitik für Köln einzufordern.

SE Herr Corneth plädiert ebenfalls dafür, dass die Kölner Verwaltung und Politik die prekäre Situation in Köln dem Land gegenüber nun deutlich machen müsse. Im Hinblick auf die Verteilungsproblematik gibt er einige Erläuterungen zur Situation in NRW anhand des Beispiels des Ruhrgebietes im Gegensatz zu Köln.

Herr Schleicher fügt hinzu, die Verwaltung habe beim Land auf die Problematik hingewiesen und habe einen engen Kontakt zu den Fachabteilungen des Bauministeriums. Darüber hinaus sei jedoch auch die Unterstützung der Kölner Politik erforderlich.

SB Herr Dr. Schulz unterstützt den Vorschlag, dieses Anliegen der Landesregierung nahezubringen.

RM Herr Ensmann fragt nach der derzeitigen Situation im Ruhrgebiet im Zusammenhang mit der Abrufung von Mitteln für die soziale Wohnraumförderung.

Herr Schleicher berichtet, dass im Ruhrgebiet und anderen Orten ein Nachholbedarf bestehe im Bereich der behinderten- und altengerechten und barrierefreien Wohnungen. Daher sei die Nachfrage nach Mitteln zur Wohnraumförderung größer.

Auf eine Nachfrage von SB Herrn Ladenberger teilt Herr Schleicher mit, es habe in den letzten Jahren eine generelle Zurückhaltung bei den Investoren gegeben, aber kein Rückstau an Bauprojekten. Dies sei auf das negative Image des öffentlich geförderten Wohnungsbaus und die alte Belegungsrechtspraxis zurückzuführen. Es konnte jedoch gemeinsam erreicht werden, dass heute der öffentlich geförderte Wohnraum langfristig der stabilere sei und von den Investoren akzeptiert werde.

Der Vorsitzende Herr Helling schlägt abschließend vor, die Verwaltung zu bitten, in der nächsten Zeit einen Vorschlag zu erarbeiten, um als Ausschuss für Soziales und

Senioren gegenüber der Landespolitik initiativ werden zu können, wenn sich dies als sinnvoll erweise.

5.3 Förderung des selbstgenutzten Eigentums in NRW 3959/2010

Herr Schleicher berichtet über die aktuelle Situation bei der Förderung des selbstgenutzten Eigentums in NRW. Auch hier sei es zu der gleichen Problematik mit den Landesmitteln gekommen wie unter TOP 5.2, da insgesamt nun mehr Bedarf an Landesmitteln bestehe. Daher werde hier auch eine andere Verteilung vorgenommen. Das Land habe seine Förderung zum 30.09.2010 für diesen Baustein eingestellt.

Herr Schleicher begründet anschließend, warum seines Erachtens auf Grund der derzeitigen Niedrigzinsphase der Mietwohnungsbau gegenüber dem selbstgenutzten Eigentum eine höhere Priorität habe.

6 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

6.1 Neues Wertgutscheinsystem für Bezieher/innen von SGB II - Leistungen 3686/2010

SE Frau Eggeling bittet um Auskunft, an wie viele Personen die Wertgutscheine durchschnittlich im Monat ausgegeben werden.

SE Herr Klein fragt, an welchen Personenkreis und unter welchen Bedingungen die Wertgutscheine ausgegeben werden müssen. Er bittet die Firma, die die Wertgutscheine vertreibt, zu benennen und darzustellen, wie der Vertrag mit der Firma zustande gekommen sei. Weiter bittet er um eine Liste der ca. 200 Geschäfte und welche Kosten der ARGE für dieses Gutscheinsystem entstehen.

Herr Müller-Starmann teilt mit, die Frage von Frau Eggeling werde schriftlich beantwortet.

Zu den Fragen von Herrn Klein erklärt Herr Müller-Starmann, es gebe im Gesetz eine Regelung, in welchen Fällen Menschen nicht mit Bargeld, sondern mit Wertgutscheinen zu versehen seien. Das Verfahren der ARGE sei genau auf diese gesetzliche Regelung abgestimmt worden. Gegenüber dem früheren Scheck der ARGE biete der Wertgutschein zwei Vorteile. Zum einen mache er nicht so offensichtlich, dass es sich um eine Kundin oder einen Kunden der ARGE handle. Zum anderen sei er fälschungssicher.

Herr Müller-Starmann betont ausdrücklich, an dem Verfahren an sich und der Absicht der ARGE habe sich durch den Wertgutschein nichts geändert.

Herr Müller-Starmann erläutert, die Firma heiße Sodexo.

Die Frage nach den konkreten Kosten für die ARGE werde schriftlich beantwortet. Die Liste der Geschäfte werde Herr Müller-Starmann den Ausschussmitgliedern ebenfalls zukommen lassen.

6.2 Beantwortung von Anfragen aus der Sitzung vom 02.09.2010 zu den TOPs

6.3 Teilnahme der ARGE Köln am Bundesmodellprojekt "Bürgerarbeit" - 3649/2010

6.4 Bericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln - 3657/2010 4007/2010

SE Herr Kersjes bittet darum, in Bezug auf seine Frage aus der letzten Sitzung mitzuteilen, wie sich die Sachlage derzeit genauer darstelle und wann konkrete Aussagen zum Haushalt 2011 gemacht werden können.

Außerdem bittet er, konkreter darzustellen, in welchem Umfang Mittel für das Jahr 2011 gebunden seien. Wenn sich die Haushaltssituation so entwickeln sollte, dass hier keine Veränderungen mehr möglich seien, hält es Herr Kersjes für wenig sinnvoll, über inhaltliche Schwerpunkte im Integrationsprogramm zu diskutieren.

Herr Kersjes betont, es werde mehr Planungssicherheit benötigt.

Herr Müller-Starmann erläutert, inzwischen gebe es ein etwas genaueres Bild, wie sich die Situation im Eingliederungstitel 2011 darstellen werde. Leider sei die Einschätzung hierzu nicht positiv. Die ARGE müsse davon ausgehen, dass im Jahr 2011, bemessen an den Zuweisungen aus 2010, etwa 33 % eingespart werden müssen, weil der Bund nur Mittel in dieser Höhe zu Verfügung stelle.

Die ARGE beginne nun mit den Überlegungen, wie unter Berücksichtigung der erarbeiteten Schwerpunkte mit den Kürzungen umgegangen werden könne. Herr Müller-Starmann teilt mit, die ARGE werde das daraufhin erarbeitete Integrationsprogramm für 2011 am 17.11.2010 dem Beirat der ARGE und im Dezember dem Ausschuss vorlegen.

Herr Santelmann weist darauf hin, die seit gestern vorliegenden Informationen machen deutlich, dass die Kürzungen schlimmer als bisher befürchtet sein werden.

Die Verwaltung werde sich im Jourfixe mit der ARGE und der Agentur für Arbeit intensiv über den Eingliederungstitel und das Integrationsprogramm 2011 unterhalten und Abstimmungen vornehmen.

Herr Santelmann betont, es werde Wert darauf gelegt, dass auch sozialpolitische Aspekte im SGB II, wie z.B. die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, entsprechend berücksichtigt werden.

RM Frau Schmerbach hält es nicht für richtig, dass die ARGE nicht alle Mittel verbräuche und diese somit an den Bund zurück fließen. Sie regt an, zu überlegen, wie sichergestellt werden könne, dass die Mittel sinnvoll und vollständig ausgegeben werden können.

Herr Müller-Starmann merkt an, im nächsten Jahr werde sich das Problem auf Grund der Reduzierung des Haushaltsansatzes weniger stellen. Er erläutert nachfolgend kurz die Problematik bei der Mittelverausgabung in Zusammenhang mit dem zu beachtenden Haushaltsrecht.

SE Herr Corneth bittet um eine Darstellung der zu erwartenden Auswirkungen.

RM Herr Ensmann regt an, einen Zwischenbericht für die Fraktionen vor der nächsten Beiratssitzung zu fertigen. Außerdem bittet er um einen Hinweis, wie die Kürzungen sich auf den Personalbestand und die Befristungen auswirken werden.

Der Vorsitzende Herr Helling betont zusammenfassend, es gebe ein großes Bedürfnis des Ausschusses nach Information und Transparenz, was den Planungsprozess des Integrationsprogramms 2011 angehe.

Herr Müller-Starmann informiert, die Fragen des Ausschusses, welche Auswirkungen die Kürzungen haben, könne die ARGE bis zur nächsten Ausschusssitzung am 04.11.2010 voraussichtlich beantworten.

Herr Müller-Starmann teilt mit, die Einsparungen beziehen sich ausschließlich auf den Eingliederungshaushalt, nicht jedoch auf den Verwaltungshaushalt. Nach jetzigem Kenntnisstand werde der Verwaltungshaushalt weitgehend der Höhe des Jahres 2010 entsprechen.

Herr Müller-Starmann teilt auf eine Nachfrage von SE Herrn Klein mit, dass die ARGE erfahrungsgemäß mehr Zuweisungen zu Maßnahmen vorgenommen habe, als die Maßnahme Plätze habe. Letztlich habe die ARGE in der Aktivierungsphase 500 Plätze besetzen können. Bei der Auswahl sei sorgfältig darauf geachtet worden, dass die Zielvorstellungen genau berücksichtigt werden.

7 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

7.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 09/2010 3922/2010

SB Herr Ladenberger berichtet kurz über die erstmalige Erörterung des Themas in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und den enormen Handlungsbedarf. Das Thema sei Ausgangspunkt für eine weiterführende Diskussion.

SB Herr Dr. Schulz merkt an, der Bericht komme zu einigen Schlussfolgerungen, die er so nicht hinnehmen könne. Hierbei sei das Akzeptanzproblem bei Trägern der Behindertenhilfe zu nennen (s. erster Spiegelstrich). Eine Benachteiligung der Träger der Behindertenhilfe müsse ausgeschlossen werden.

SB Herr Dr. Schulz vertritt die Auffassung, dass zum Bericht über die Diskussion in der Stadtarbeitsgemeinschaft die Verwaltung eine Stellungnahme abgeben sollte.

RM Frau Schmerbach fragt, inwiefern die Behindertenbeauftragte in den Prozess der Erstellung des Kinder- und Jugendförderplans involviert sei.

Frau Reinecke bestätigt, es handele sich hier um eine erste Behandlung des Themas, es gebe noch keine abschließenden Antworten. Die Mitteilung fuße auf einer Diskussion, die in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik geführt wurde, und ziehe bestimmte Konsequenzen daraus. Demzufolge sei es auch zu den Spiegelstrichen gekommen, die nicht bedeuten sollen, dass andere Wege nicht gangbar seien.

In der Mitteilung dargestellt seien vielmehr die günstigsten Bedingungen, Jugendliche mit und ohne Behinderungen zusammenzubringen. Frau Reinecke berichtet weiter, die Erfahrungen zeigen, dass dort, wo eine Vernetzung und Kooperation stattfindet, die Akzeptanz größer sei. Es sei die Absicht der Verwaltung gewesen, die bereits bestehenden Erfahrungen mit allen Trägern zu diskutieren.

Frau Reinecke erklärt, an der Erstellung des Kinder- und Jugendförderplans sei das Büro der Behindertenbeauftragten beteiligt. Anschließend gibt sie weitere Erläuterungen zu den nächsten Schritten.

Frau Dr. Klein weist abschließend darauf hin, dass viele Jugendeinrichtungen, insbesondere auch im Hinblick auf die Barrierefreiheit, räumlich unzureichend ausgestattet seien. Bei den Jugendeinrichtungen gebe es einen großen Investitionsbedarf.

Sie erklärt, die Verwaltung werde dieses Thema aufgreifen und nimmt Bezug auf die von der Landesregierung angekündigte Aufstockung des Kinder- und Jugendförderplans.

Frau Dr. Klein teilt mit, die Diskussion in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sei der erste Auftakt zur Auseinandersetzung mit diesem Thema gewesen. Die Stellungnahme zeige, dass in diesem Bereich noch viel zu tun sei.

8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Tätigkeitsbericht der Verwaltung im Bereich Lesben, Schwule, Transgender hier: Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.09.2010 AN/1641/2010

RM Frau Schulz teilt mit, es sei gut, dass das Referat für Lesben, Schwule und Transgender zumindest mit einer Stelle besetzt worden sei. Sie begrüßt die Tatsache, dass jetzt Verwaltung und Community wieder miteinander reden. Hauptsächlich gehe es der SPD-Fraktion bei dem Antrag um Transparenz.

Frau Schulz bittet, die im Antrag gewünschten Informationen zeitnah dem Ausschuss vorzulegen.

RM Herr Ensmann ist der Auffassung, dass hierbei eine Bitte an die Verwaltung, einen Bericht zu erstellen, ausreichend gewesen sei. Daher werde die CDU-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

RM Frau Hoyer sagt Ihre Zustimmung zu diesem Antrag zu.

Sie regt außerdem an, vor der Erstellung eines Berichtes dem Ausschuss eine Information zukommen zu lassen, wie der Leiter des Referates für Lesben, Schwule und Transgender die künftige Arbeit gestaltet wolle.

SB Frau Wilden hält es für wichtig zu erfahren, wie die künftige Arbeit des Referates aussehen werde.

Zu dem vorliegenden Antrag erklärt sie Ihre Enthaltung.

Nachfolgend stellt der Vorsitzende Herr Helling den Antrag der Fraktionen SPD und Grüne mit dem Zusatz der FDP-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt:

1. Das neu eingerichtete Referat Lesben, Schwule, Transgender legt dem Ausschuss – analog zu den anderen Diversity Gruppen künftig einen Jahresbericht über seine Tätigkeiten vor.

Dieser Bericht soll insbesondere folgende Informationen enthalten:

- Öffentlichkeitsarbeit
 - Internetauftritt
 - Gremien- und Vernetzungsarbeit
 - Verwaltungsinterne Unterstützungsarbeit
 - Eine detaillierte Übersicht über die Förderungsstruktur im Bereich LST
 - Arbeitsschwerpunkte im Berichtsjahr
 - Ausblick auf das laufende bzw. kommende Jahr
2. Der Bericht soll der Öffentlichkeit allgemein zugänglich sein und im Rahmen eines Internetauftrittes des Referates auf den Seiten der Stadt Köln platziert werden.
 3. Die Verwaltung wird gebeten, vor der Erstellung des zu Punkt 1. genannten Berichtes dem Ausschuss für Soziales und Senioren seitens des Leiters des Referates für Lesben, Schwule und Transgender eine Information zukommen zu lassen, wie die künftige Arbeit gestaltet werden solle.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Für den Antrag stimmen die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Gegen den Antrag stimmt die CDU-Fraktion. Die Fraktion pro Köln enthält sich.

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

9.1.1 Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln hier: Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 04.05.2010 AN/ 0872 /2010

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor. Daher vertagt der Ausschuss für Soziales und Senioren diese Anfrage auf die nächste Sitzung.

**9.1.2 Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Stadtvierteln hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 06.05.2010
AN/ 0895 /2010**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor. Daher vertagt der Ausschuss für Soziales und Senioren diese Anfrage auf die nächste Sitzung.

**9.1.3 Trinkräume für Köln
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.06.2010
AN/0930 /2010**

**Antwort der Verwaltung
3244/2010**

Die schriftliche Antwort der Verwaltung liegt vor.

SE Frau Lerchner nimmt Bezug auf die Antwort 3, dass es Ziel führender sei, Angebote im Alkoholproblembereich um niederschwellige Hilfeeinrichtungen und zugehende Hilfen zu erweitern. Sie fragt, ob die Verwaltung hier bereits Bedarf sehe und wenn ja, wie dieser gedeckt werden solle.

Zu Frage 4 bittet Frau Lerchner um eine Auflistung der „expliziten Orte“.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**9.1.4 Verknüpfung des KölnPasses mit einer sogenannten "Bildungschipkarte"
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 31.08.2010
AN/1532 /2010**

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**9.1.5 Sozialhaus Augsburgsberger Straße in Köln-Höhenberg
hier: Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
31.08.2010
AN/1552 /2010**

**Antwort der Verwaltung
3848/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

9.2 Aktuelle Anfragen

9.2.1 Statistik zur Zahl der Geburten in Köln im Jahre 2009 hier: Anfrage der Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln vom 07.09.2010 AN/1621/2010

**Antwort der Verwaltung
3853/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

9.2.2 Herkunftsländer der Flüchtlinge in Köln hier: Anfrage der Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln vom 10.09.2010 AN/1646/2010

**Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bürgerbewegung pro Köln e.V.
zu "Herkunftsländer der Flüchtlinge in Köln"
3987/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

9.2.3 Eingliederungsvereinbarungen mit Empfängern von Leistungen nach dem SGB II hier: Anfrage der Fraktion Die Linke vom 20.09.2010 AN/1723/2010

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor. Daher vertagt der Ausschuss für Soziales und Senioren diese Anfrage auf die nächste Sitzung.

9.2.4 Bundesbeteiligung bei Kosten der Unterkunft hier: Anfrage der Fraktion Die Linke vom 20.09.2010 AN/1724/2010

Herr Oster beantwortet die Anfrage mündlich.

Herr Oster teilt mit, die einzelnen Positionen des Bundeshaushaltsentwurfs seien der Verwaltung nicht bekannt. Es gebe ebenfalls noch keine Auswertung des Städtetages oder hilfreiche Hinweise.

Der entsprechende Anteil sei bisher jedes Jahr deutlich abgesenkt worden, so dass die Belastungen der Kommune entsprechend höher geworden seien.

Herr Oster erklärt, erst am Ende des Jahres werde definitiv bekannt sein, mit welchem Anteil die Stadt Köln rechnen könne.

Eine Anhebung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft um 1 % würde den städtischen Finanzetat 2011 um rund 3 Mio. € entlasten.

10 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10.1 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel hier: Restfinanzierung begonnener Maßnahmen 3716/2010

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, aus den im Haushaltsplan 2010/2011 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, in Zeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagten Mitteln für Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung im Rahmen des Konzeptes „Wir im Quartier“ – Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel für die Jahre 2010 und 2011 Zuschüsse zur Weiterfinanzierung / Ausfinanzierung bereits begonnener und bis maximal zum 30.11.2010 beschlossener Maßnahmen in Höhe von weiteren 21.369 € für 2010 sowie 41.442 € für 2011 zu leisten.

Der Beschluss erfolgt unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass die hierfür im Hpl.-Entwurf 2010/2011 veranschlagten Mittel im Rahmen der Beschlussfassung des Haushalts nach wie vor durch den Rat zur Verfügung gestellt werden.

Er beauftragt die Verwaltung eventuell noch eingehende oder vorliegende Anträge ablehnend zu bescheiden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

12 Ausschussempfehlungen an den Rat

12.1 Rahmenkonzept "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln" - überarbeitete Fassung 0476/2010

SE Herr Kersjes nimmt positiv zu dem Rahmenkonzept Stellung. Die Liga habe zusammen mit der Verwaltung das Sozialraummodell entwickelt. Aus der Evaluation haben Verwaltung und Liga mit hohem Engagement dieses Rahmenkonzept entwickelt.

Herr Kersjes hofft, dass nun auch eine konsequente Umsetzung erfolge. Die Liga werde diesen Prozess weiter aktiv begleiten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat verabschiedet das vorliegende überarbeitete Rahmenkonzept „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ als Handlungsgrundlage für die weitere Umsetzung des Modellprojekts bis Februar 2012 gemäß Ratsbeschluss vom 15.12.2008.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12.2 Fortführung des Hausmeister- und Bewachungsdienstes in den Einrichtungen für obdachlose Personen und den Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln 2070/2010

SB Frau Wilden erklärt ihre Zustimmung zu der Beschlussvorlage. Sie ist der Auffassung, der Personenkreis, der in diesen Wohnheimen lebe, sollte möglichst gering gehalten werden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Helling stellt nachfolgend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt die Ausschreibung der Hausmeister- und Bewachungsleistungen für die Einrichtungen zur Unterbringung von obdachlosen Personen und Übergangs-

wohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln für den Zeitraum vom 01.02.2011- 31.01.2015 mit der Möglichkeit einer einjährigen Verlängerungsoption und beauftragt die Verwaltung, das hierfür erforderliche Vergabeverfahren durchzuführen.

Der Rat verzichtet darauf, eine separate Vergabeentscheidung zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

14 Anfragen

14.1 Haushaltssituation

hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann

RM Herr Ensmann bittet die Verwaltung über den Stand der Haushaltssituation für den Sozialbereich zu berichten.

Frau Dr. Klein merkt an, der aktuelle Stand sei aus dem Veränderungsnachweis, der zu den anstehenden Haushaltsplanberatungen umgedruckt worden sei, zu entnehmen.

Nachfolgend gibt sie einige Erläuterungen zu den aktuellen Veränderungen und Kürzungen.

14.2 Personalsituation in der ARGE Köln

hier: mündliche Anfrage von SB Herrn Dr. Schulz

SB Herr Dr. Schulz bittet um Informationen zur derzeitigen Personalsituation in der ARGE Köln. Er berichtet, nach seinen Informationen laufen bis zum Ende des Jahres 350 bis 400 befristete Stellen aus. Insbesondere vor dem Hintergrund der Änderung der Trägersituation sehe er die Arbeit der ARGE künftig in sehr schwierigen Verhältnissen.

Herr Dr. Schulz fragt, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tatsächlich ausscheiden werden, wie viele befristete Beschäftigte vom jeweiligen Träger übernommen werden und wie die Verwaltung gedenke, diese Ausfälle zu kompensieren.

Frau Dr. Klein stimmt mit der Einschätzung überein, dass eine schwierige Situation vorliege. Von den insgesamt 1.330 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ARGE seien 202 Stellen befristet bis zum 31.12.2010. Davon seien 168 Stellen bei der Stadt und 34 bei der Agentur für Arbeit angesiedelt.

In gemeinsamen Arbeitsgruppen versuche die Verwaltung diese Situation zu klären, um eine Entfristung oder zumindest eine Fristverlängerung zu erreichen. Eine schnelle Klärung sei nicht nur für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ARGE wichtig, sondern auch für die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der ARGE.

14.3 Bürgerhaushalt

hier: mündliche Anfrage von SB Frau Kleinpaß-Börschel

SE Frau Kleinpaß-Börschel teilt mit, eine weitere Finanzierung des Stadtteilzentrums Runder Tisch Buchforst e.V. sei von der Verwaltung befürwortet worden. Sie fragt nach dem aktuellen Stand der weiteren finanziellen Unterstützung.

Die weitere Förderung des Kölner Erzähl- und Begegnungscafés für NS Verfolgte wurde von der Verwaltung nicht befürwortet.

Frau Kleinpaß-Börschel spricht sich für eine Förderung aus und fragt, wie weit bei den Fraktionen die Beratungen fortgeschritten seien.

Der Vorsitzende Herr Helling weist zu dem Verfahren bezüglich der Anträge zum Bürgerhaushalt hin, dass der Ausschuss für Soziales und Senioren diese Anträge in die Haushaltsplanberatungen verwiesen habe. Daher werde sich der Ausschuss mit diesen Anträgen nicht mehr beschäftigen.

Die weitere Beratung finde im Finanzausschuss statt, in denen alle politischen Änderungswünsche der Fraktionen gebündelt werden. Eine abschließende Entscheidung treffe der Rat.

Herr Helling teilt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass man derzeit versuche, Mittel zur Finanzierung zu finden.

SB Herr Dr. Schulz bestätigt dies ebenfalls für die SPD-Fraktion.

Herr Guth teilt zum Stadtteilzentrums Runder Tisch Buchforst e.V. mit, bei den momentanen Unterstützungsleistungen handele es sich um Restmittel aus dem Städtebauförderprogramm in Höhe von 71.341 €, die den Betrieb bis Ende Februar 2011 sichern.

Darüber hinaus seien nach Auskunft des Vorsitzenden des Vereins weder Sponsorenzusagen für die Übernahme der Miete noch positiv entschiedene Bescheide zu Förderanträgen eingegangen.

Die GAG habe heute Morgen der Verwaltung mitgeteilt, dass sie an einer Weiterführung der Einrichtung des runden Tisches Buchforst über Februar 2011 durchaus interessiert sei. Das Stadtteilzentrum erfülle auch aus Sicht der GAG eine wichtige Basisfunktion und verfüge über sozial integrative und altersübergreifende Angebote.

Herr Guth berichtet weiter, die GAG habe daher Kontakt zum Trägerverein aufgenommen um die Frage eines Entgegenkommens bei der Miethöhe zu thematisieren.

14.4 Gebührenbescheide für Mieter der Wohnungsgenossenschaft Köln Süd

hier: mündliche Anfrage von SE Frau Kleinpaß-Börschel

SE Frau Kleinpaß-Börschel berichtet darüber, dass insbesondere ältere Mieter der Wohnungsgenossenschaft Köln Süd rückwirkend für die Zeit von 2005 bis 2009 Gebührenbescheide über die Straßenreinigung bekommen haben und eine große Verärgerung und Verunsicherung hierüber bestehe.

Frau Kleinpaß-Börschel bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Gebührenbescheide rechtmäßig seien. Sie fordert eindringlich dazu auf, hier eine sozialverträgliche Lösung zu finden.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

SE Herr Corneth berichtet über die neue Anwendung der Straßenreinigungssatzung, die im Wesentlichen die Genossenschaften und Mieter treffe und die damit eine Steigerung der Mietnebenkosten um 380% hinzunehmen haben.

Herr Corneth informiert, auf Grund eines Schreibens des Mietervereins an den Oberbürgermeister gebe des hierzu nun am 19.10.2010 ein Gespräch zwischen Mieterverein und Oberbürgermeister.

14.5 Senkung der Kosten der Unterkunft hier: mündliche Anfrage von SE Herrn Klein

SE Herr Klein bittet um nähere Erläuterungen zu der Aussage der Verwaltung, die Kosten der Unterkunft zu senken.

Herr Santelmann teilt mit, die Verwaltung werde zur nächsten Sitzung eine schriftliche Beantwortung mit näheren Erläuterungen zu dem Beratungsprojekt des Amtes für Soziales und Senioren für die ARGE vorlegen.

14.6 Schwerpunktsetzung des Amtes für Soziales und Senioren für 2011 hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann

RM Herr Ensmann bittet die Verwaltung, einen Bericht über die Schwerpunktsetzungen des Amtes für Soziales und Senioren für das Jahr 2011 vorzulegen.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Erledigung zu.

gez. Helling
(Vorsitzender)

gez. Kutzer
(Schriftführerin)